



Haushalt 2024: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ die Grünen; Tierschutz im Kreis stärken- Unterstützung der Tierheime

VO/2023/492	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 22.11.2023
<i>FD 2.2 Umwelt</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Emma Hennings

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
23.11.2023	Umwelt- und Bauausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Unterstützung der Tierheime im Kreis, mit denen vertragliche Vereinbarungen bestehen, auf 120.000€ zu erhöhen.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

Erhöhung von 100.000€ auf 120.000€. Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“.

Anlage/n:

1	2023_11_20_Antrag_UBA_Tierschutz Antrag 2
---	---



An
die Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Ina Walenda

Antrag 2 Den Tierschutz im Kreis stärken

**Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 23.11.2023
TOP 7**

Rendsburg, 20. November 2023

Sehr geehrte Frau Dr. Walenda,

die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Rendsburg-Eckernförde
beantragen zu TOP 7:

Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“

Antrag 2 Den Tierschutz im Kreis stärken

Die Unterstützung der Tierheime im Kreis, mit denen vertragliche Vereinbarungen bestehen, wird von 100 T € auf 120 T €, also den Betrag in 2023, erhöht.

Begründung:

Die von den Tierschutzvereinen betriebenen Tierheime sind mit ihren überwiegend ehrenamtlichen Kräften angesichts der dramatisch gestiegenen Anzahl der in ihre Obhut übergebenen Tiere am Ende ihrer Möglichkeiten. Dabei stehen sie seit Jahren vor besonderen Hausforderungen. Die Corona-Pandemie, in der vermehrt Haustiere angeschafft wurden, hat diese Situation nochmals verschärft. Viele

Haustierbesitzer fühlen sich überfordert – zeitlich und im Umgang mit den Tier, aber auch bedingt durch gestiegene Kosten. In der Folge werden Tiere abgegeben oder ausgesetzt, letzteres insbesondere wenn die Tierheime mit Aufnahmestopps reagieren müssen. Hinzu kommt der Unterbringungsbedarf für Tiere aus Kriegsgebieten wie der Ukraine. Zum anderen sind die Kosten für die Unterbringung drastisch gestiegen, so für Futtermittel, Tierarzt- und Gebäudeunterhaltungskosten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ina Walenda
SPD-Fraktion

Kirsten Zülsdorff
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN